

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am  
03.05.2022**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 18:06 Uhr**  
**Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau**

**Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste**

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Der Ausschussvorsitzende, Herr Puttkammer**, eröffnet die um 16.30 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder, den Beigeordneten und die Gäste und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit vom 5 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Des Weiteren auf die geltenden Hygiene-Regeln. Es besteht die Pflicht zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasenschutzes, außer am Platz. Die Personenbeschränkungen für den Ratssaal (max. 27 Personen) findet Anwendung.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Einwände oder Änderungs- und Ergänzungsanträge vorgebracht. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen der Tagesordnung zu.

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.03.2022**

---

**Herr Puttkammer** bringt die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales vom 08.03.2022 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

**Abstimmungsergebnis:** 5/0/0

#### **4 Bekannntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Der Ausschussvorsitzende** erklärt, dass es keine Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung des Gremiums gab.

#### **5 Einwohnerfragestunde**

**Herr Puttkammer** teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.

#### **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

##### **6.1 Auswertung des Modellprojekts zum kostenfreien Schülerticket Vorlage: IV/010/2022/V-40**

**Herr Bleek** berichtet anhand einer Präsentation zur Auswertung des Modellprojekts zum kostenfreien Schülerticket. (Unterlagen sind der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt)

**Frau Stadträtin Grabner** fragt zu dieser Informationsvorlage an. Sie hat herausgelesen, dass ein Bedarf an ca. 7.000 Tickets vorlag und 1940/1950 berechtigt waren.

**Frage 1:** Warum gibt es hier einen Unterschied zwischen den Berechtigten und dem Bedarf?

**Frage 2:** Sind hier zusätzlich über 5.000 Kinder dazugekommen? Haben sich Kinder angemeldet, die nach der Satzung einen Anspruch haben?

**Frage 3:** 147.965,00 EUR Differenz – welche Kosten sind dort enthalten?

**Herr Bleek** beantwortet die Fragen.

**Zu Frage 1:** 1940/1950 Schüler haben grundsätzlich einen Anspruch auf Grund der Entfernung.

**Zu Frage 2:** Die 3.183 haben sich zusätzlich angemeldet. Diese Kinder hätten nach der alten keinen Anspruch.

**Zu Frage 3:** Pro Schülerticket ist ein Preis gefordert. Es handelt sich um die Tickets, die durch die Stadt gekauft wurden.

**Herr Krause** ergänzt, dass die Kosten der DVG (Dessauer Verkehrsgesellschaft) sind nicht mit aufgeführt (z. Bsp. der Kauf von zwei Bussen, für die Abdeckung der Infrastruktur). Eine Darstellung im Aufsichtsrat ist noch erforderlich, welche Aufwendungen vorliegen. Wichtig ist, dass die DVG infrastrukturell in der Lage ist den Bedarf abzudecken. Herr Krause lobt in diesem Zusammenhang das Engagement der DVG und der DVV. Der Stadtrat muss jetzt entscheiden, ob dieses Thema in den kommenden Haushaltsdebatten weiter diskutiert und verstätigt wird.

**Herr Stadtrat Geiger** fragt an, ob diese Informationen auch an den Stadtrat weitergeleitet werden und ob diese Maßnahme auch Arbeitsplätze schafft.

**Herr Krause** fügt noch dazu, dass dieses Thema im Aufsichtsrat der DVV/DVG ist und dass diese Informationen entsprechend weitergeleitet werden.

## 6.2 Sachstandsinformationen

Themen:

- Informationen zum Pandemiegeschehen
- Informationen zur Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen in der Stadt Dessau-Roßlau
- Information zur Einführung einer elektronischen Bildungskarte
- Information zum Heizkostenzuschussgesetz ab 01.06.2022 und zu anderen Medien (Strom)
- Information zur Wohnungslosenberichterstattung und zur Wohnhilfe

---

**Herr Krause** informiert anhand einer Präsentation zum Pandemiegeschehen (die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt)

**Herr Stadtrat Geiger** fragt an, ob das Impfzentrum zur Reaktivierung vorgehalten werden soll oder werden dann neue Räumlichkeiten gesucht.

**Herr Krause** teilt dazu mit, dass das Impfzentrum kleiner werden soll. Die Wirtschaftlichkeit ist bei der geringen Anzahl von Impfwilligen nicht mehr gegeben. Es kommen dafür Räumlichkeiten in Betracht, die der Stadt Dessau-Roßlau gehören und keine Mietkosten entstehen. Ebenso wird Personal im geringeren Umfang bereitgehalten. Das Impfzentrum wird dann auch nur an bestimmten Tagen geöffnet sein.

**Herr Krause** informiert anhand einer Präsentation zur Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen der Stadt Dessau-Roßlau (die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt).

**Frau Paesold** berichtet anhand einer Präsentation zur elektronischen Bildungskarte (die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügt).

**Herr Puttkammer** teilt zum Thema Heizkostenzuschussgesetz und Wohnungslosenberichterstattung mit, dass Frau Perl darum gebeten hat, da sie an dieser Sitzung nicht teilnehmen kann, die Beantwortung ihrer Fragen soll in ihrer Anwesenheit erfolgen. Frau Paesold wird zu diesen Themen nur eine kurze Information geben.

**Frau Paesold** informiert anhand einer Präsentation zu dem Thema Heizkostenzuschussgesetz ab dem 01.06.2022 und zu anderen Medien (Strom) (die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt)

**Frau Paesold** informiert weiter zur Wohnungslosenberichterstattung und zur Wohnhilfe, dass wir zum 31.01.2022 gesetzlich verpflichtet sind eine Auskunftspflicht auszuüben. Das ist ein onlinebasiertes Verfahren. Diese Auskunftspflicht bezieht sich auf unterschiedliche Datenlagen und die Art der Überlassung der Wohnräume (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Haushaltstypen). Zum 31.12.2022 haben wir gemeldet, dass 41 wohnungslose Personen untergebracht wurden. Davon waren 36 männliche und 5 weibliche Personen. In der Altersstruktur sind wir bei 23 Personen von 40 bis über 70 Jahre und 13 Personen im Alter von 19 bis 39 Jahre. Sie Staatsangehörigkeit ist überwiegend deutsch. Es gibt nur 2 Personen, die momentan in der Obdachloseneinrichtung untergebracht sind, die nicht diese Nationalität haben. Bei den Haushaltstypen sind über 34 Personen alleinstehend und überwiegend Männer. An dem Thema der Dauer der Unterbringung wird derzeit weiter gearbeitet. Derzeit gibt es 28 Personen, die bis zu 12 Monaten untergebracht sind und 5 Personen sind schon länger als 5 Jahre in der Obdachunterkunft. Es fehlen teilweise Angebote, die es zulassen, diese Personen anders unterzubringen. Es wurde ein Fachkonzept „Wohnhilfe“ vorbereitet, was in die Beratungsfolge der Gremien eingebacht werden soll. Parallel dazu soll die Fortschreibung der Leistungsvereinbarung zum ambulant

---

betreuten Wohnen bis zum 31.12.2022 erfolgen. Darin geht es um die Resozialisierung von Haftentlassenen, das war bis vor einigen Jahren hauptsächlich das Klientel, was in die Obdachlosenunterkunft gekommen ist. Des Weiteren gibt es immer mehr Kommunen, die den Weg „Housing First“ gehen. Personen, die wohnungslos geworden sind, können mit Wohnraum versorgt werden. Voraussetzung ist, dass diese Personen das Angebot annehmen wollen. Dazu gibt es Gespräche mit den Wohnungsunternehmen. Ein weiteres Modelprojekt wird vorbereitet, was sich auf Wohnungslose mit Pflegebedarf bezieht. Ein wichtiges Thema sind auch Angebote für diesen Personenkreis mit psychischen Erkrankungen. Problematisch sind nicht Familien, weil wir dort mit den Instrumenten, die uns über die Leistungssysteme gegeben sind, die Zurückweisung in die Wohnung teilweise schaffen z. Bsp. über Clearing-Wohnungen. Die soziale Betreuung ist hier sehr wichtig und es werden Möglichkeiten geschaffen, eigenständige Mietverträge zu übernehmen.

### **6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

**Herr Puttkammer** teilt mit, die Ausschussmitglieder hatten eine Einladung des Jugendhilfeausschusses erhalten. Herr Puttkammer findet es sehr schade, dass er als einziger an die dieser Online-Sitzung teilgenommen hat. Es wurde die Jugendstudie der Stadt Dessau-Roßlau vorgestellt. Es sind zum Auswahlverfahren Jugendliche angeschrieben worden und viele Jugendliche haben an dieser Befragung teilgenommen. Es resultieren aus dieser Studie insgesamt 67 Vorschläge. Herr Puttkammer hält davon 3 Vorschläge als sehr wichtig. Ein Vorschlag war die Kritik der Umstrukturierung der Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse. Ein zweiter Vorschlag war, dass der zentrale Anlaufpunkt für Jugendliche die Schule ist. Die Kommunikation an Jugendliche erfolgt im überwiegenden Maße an der Schule. Die Schulsozialarbeit ist sehr wichtig für eine aktive Mitwirkung der Jugendlichen. Es wurde über Jugendparlamente und Jugendausschüsse gesprochen. Herr Puttkammer hält ein Jugendparlament oder Gremium für fraglich, da die Jugendlichen keine Entscheidungsgewalt haben. Wenn aber Fachgremien zusammenarbeiten im Sinne eines Beirates, kann man ein sogenanntes Rederecht festschreiben.

**Herr Puttkammer** schlägt vor, dass der Ausschuss noch einmal eine Erläuterung zu dieser Studie in einer der nächsten Ausschüsse erhält.

**Herr Decker** bekräftigt diesen Vorschlag und bietet an, Herrn Kemper zur nächsten Sitzung mit einzuladen.

**Frau Stadträtin Grabner** findet es gut, wenn man die Studie nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern auch eine Umsetzung erfolgen könnte.

---

**Herr Puttkammer** unterbreitet den Vorschlag, dass die Mitglieder des Ausschusses sich in die Studie einlesen und 5 bis 10 Themen mitbringen, die für sie interessant sind. Die gesammelten Themen können an Herrn Kemper weitergeleitet werden, so dass er in einem Ausschuss im Herbst konkrete Aussagen machen kann. Daraus könnten sich Handlungsempfehlungen für den Stadtrat entwickeln.

Die anwesenden Stadträte nehmen den Vorschlag an.

## 7 Beschlussfassungen

### 7.1 Neufassung der Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderung Vorlage: BV/327/2020/V

**Abstimmungsergebnis:** 5/0/0

### 7.2 Neufassung der Satzung des Seniorenbeirates Vorlage: BV/328/2020/V

**Herr Stadtrat Geiger** teilt mit, dass die Stellungnahmen der Gleichstellungsbeauftragten und des Integrationskoordinator sehr schlüssig sind und regt an, den Empfehlungen zu folgen.

**Herr Krause** informiert in diesem Zusammenhang, dass der Oberbürgermeister, Herr Dr. Reck, in der Oberbürgermeister Dienstberatung nach Beratung befunden hat, da es gegenteilige Sichtweisen gab, dass die Sichtweise des Sozialamtes als Ersteller der Vorlage hier vorgeht. Der Auftrag war spiegelbildliche Satzungen zu erstellen, die gewährleisten, dass die besonderen Personengruppen in gleicher Art und Weise beteiligt werden um an den Prozessen teilnehmen zu können. Bislang gab es weder einen Integrationsbeirat noch das erforderliche Budget. Herr Krause sieht das auch als Blick in die Zukunft, der mit den Satzungen gemacht wurde. Der Integrationsbeirat soll dem Sozialdezernat zugeordnet werden.

---

**Frau Paesold** weist noch darauf hin, dass das Sozialamt diese Satzungen zusammen mit der Behindertenbeauftragten, Frau Kaluza und Herrn Wolfram als Seniorenbeauftragten erarbeitet hat.

**Frau Stadträtin Grabner** rät, dass die Formfehler korrigiert werden.

**Herr Krause** teilt weiter mit, dass es eine Meinung der Verwaltungsspitze gibt, die auch Inhalt der Vorlage ist. Die Stellungnahmen der übrigen Verwaltungsmitarbeiter spielen hier keine Rolle mehr, weil entweder bereits mit eingeflossen oder nicht berücksichtigt worden. Diese Satzung ist die einheitliche Meinung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:** 2/1/2

### **7.3 Neufassung der Satzung des Integrationsbeirates** **Vorlage: BV/484/2021/V**

**Herr Stadtrat Geiger** bezieht sich auf den Inhalt der Satzung, dass der Integrationsbeirat mit involviert werden soll. Dieser existiert noch nicht. Weiter bezieht er sich auch noch mal auf die Stellungnahme von Herrn Altmann.

**Herr Puttkammer** teilt dazu mit, dass der Souverän der Stadtrat ist. Die Beiräte sollen als Organ funktionieren, die den Stadtrat beraten. Sie können nicht das Kontrollorgan sein.

**Abstimmungsergebnis:** 2/1/2

## **10 Schließung der Sitzung**

**Herr Puttkammer** schließt den nichtöffentlichen Teil und stellt Öffentlichkeit her und beendet die Sitzung.

---

Michael Puttkammer  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit, Bildung und  
Soziales

Schriftführer